

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Claudia Stamm, Eike Hallitzky, Renate Ackermann, Dr. Sepp Dürr, Anne Franke, Thomas Gehring, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Adi Sprinkart, Maria Scharfenberg, Theresa Schopper, Christine Stahl, Susanna Tausendfreund, Simone Tolle und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Budgetrecht des Landtags beachten

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag rügt die Tatsache, dass die Staatsregierung mit Anzeigen zum so genannten „Aufbruch Bayern“ in mehreren bayerischen Presseorganen ab dem 2. Dezember 2011 das Budgetrecht des Landtags missachtet hat.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, zukünftig bei ihrer mit Steuergeldern finanzierten Öffentlichkeitsarbeit Parlamentsbeschlüssen nicht vorzugreifen.

Begründung:

In mehreren gleichlautenden Zeitungsanzeigen hat die Staatsregierung im Dezember 2011 für ihre Haushaltspolitik und das Projekt „Aufbruch Bayern“ geworben. In den Anzeigen werden 700 Mio. Euro „zusätzlich für Zukunftsinvestitionen“ genannt. Den Leserinnen und Lesern wird damit suggeriert, dass diese „Zukunftsinvestitionen“ bereits beschlossen sind. Das ist aber nicht der Fall.

Offensichtlich handelt es sich um Ausgaben, die nach dem Willen der Staatsregierung Teil des Nachtragshaushalts 2012 werden sollen. Dies kann aber nur mit Zustimmung des Landtags der Fall sein. Ein entsprechender Beschluss des Landtags dazu kann aber erst im kommenden März, also während des Haushaltsjahrs 2012 gefasst werden, da die Staatsregierung bisher noch nicht einmal einen Entwurf des Nachtragshaushalts vorgelegt hat.